

Energiepolitisches Arbeitsprogramm Sankt Augustin

Alle Aktivitäten

2017-09-05, eea Management Tool

Titel	Beginn	Fertigstellung	Beschreibung	Spezifische Infos	Zuständigkeit	Abteilung	Fortschritt	Priorität	Status	Art der Finanzierung	Verknüpfte Maßnahmen
Personalstrukturen für Energiecontrolling	02.01.2017	29.06.2018	Aufbau einer mindestens Gebäude- bzw. Kostenträger scharfen unterjährigen, mind. monatlichen besser täglichen Verbrauchserfassung.	Für die gängigen Medien wie Gas, Wasser, Strom, Öl, etc. bestehen seit vielen Jahren Erfassungs- und Abrechnungsverfahren für alle Gebäude der Stadt Sankt Augustin. Seit einigen Jahren ist eine derjenigen Stellen, die u.a. mit diesen Aufgaben betraut ist, vakant. Um die die Beauftragungs-, Erfassungs-, und Abrechnungsverfahren zu optimieren, soll eine aktive Steuerungsmöglichkeit (Controlling) der Verbräuche ermöglicht werden. Hierzu ist zunächst die vakante Stelle nachzubesetzen, die Aufgabenstrukturen zielorientiert festzulegen und anschließend die Aufgabenstellungen anzupassen und die neuen Steuerungssysteme zu implementieren.	FB 9/20 Herr Salzig, Herr Weiser	FD 9/20	Start / Beschluss / Planung	1	Beschlussfassung nicht notwendig		2.1.3 Controlling, Betriebsoptimierung
Neubau "JuZe" (Bonner Str.); Beispielhafter Neubau d.h. besser als gesetzlicher Standard	01.10.2016	31.07.2019	Übererfüllung der EnEV	Am Standort Bonnerstraße soll das Jugendzentrum an gleicher Stelle abgerissen und neu erstellt werden. Dem Anforderungsprofil sind neben den Nutzeranforderungen auch technische Anforderungen hinterlegt. So soll durch die Fachplaner ein wirtschaftliches Konzept zur Energieeinsparung über den gesetzlichen Vorgaben der EnEV erstellt werden. Hierzu sollen insbesondere die Anlagentechnik zur Beheizung und Belüftung sowie die energetische Hülle des Gebäudes untersucht werden. Die pauschale Einhaltung eines kfw-Standards ist nicht vorgesehen. Das zu erarbeitende Konzept soll vielmehr Varianten zur wirtschaftlichen Erstellung und Betrieb aufweisen. Innerhalb dieser Planung sollen auch die geschätzten Mehrkosten für die zusätzlichen Maßnahmen erarbeitet werden, um die Wirtschaftlichkeit ermitteln zu können.	Sachbearbeitung: Herr Etscheid / Fachdienstleitung Herr Schmitz	FD 9/10	in Umsetzung	1	Beschluss im Gemeinderat gefasst		2.1.5 Beispielhafter Neubau / beispielhafte Sanierung
Betriebliches Mobilitätsmanagement in der Stadtverwaltung	01.08.2017	Daueraufgabe	Ein betriebliches Mobilitätsmanagement soll für die Stadtverwaltung eingeführt werden. Mit dem Ziel das Mobilitätsverhalten der MA nachhaltiger und umweltverträglicher zu gestalten. In diesem Zusammenhang bietet sich die Einführung eines Job-Tickets ebenso an, wie die Einführung von (E-)Carsharing für dienstliche Fahrten. Das (E-)Carsharing könnte auch Bürgern und Gewerbetreibenden zugänglich gemacht werden (höhere Auslastung=Wirtschaftlichkeit und zusätzliche Multiplikator-Wirkung) Zu dem können Dienstfahräder bzw. -E-Räder eine ökologische Alternative zum (Privat-)PKW Einsatz sein, die auch schon bevor es Carsharing und/oder Job-Tickets zum Einsatz gebracht werden können. Die Initiierung und Umsetzung eines betrieblichen Mobilitätsmanagements kann gut im Rahmen der Mitgliedschaft des "Zukunftsnetz Mobilität NRW" geschehen.		Frau Nellißen BNU / Frau Hövel (FB6 bzw. Zukunftsnetz NRW)	Klimaschutz (BNU) / Verkehrsplanung (FB 6)	noch nicht gestartet	1	keine		4.1.1 Unterstützung bewusster Mobilität in der Verwaltung
Carsharing für Dienstfahrten	01.09.2017	31.12.2018	Einführung von (E-)Carsharing-Fahrzeugen für dienstliche Fahrten anstelle der bisher genutzten privaten PKW, siehe auch betriebliches Mobilitätsmanagement.	Der Umzug eines Teiles der Verwaltungsmitarbeiter in das neue Technische Rathaus macht neue Formen der Mitarbeiter-Mobilität insbesondere für Dienstliche Fahrten möglich wenn nicht gar nötig. In diesem Zusammenhang ist auch der Aspekt der Mitarbeiterpflicht private Kfz für dienstliche Fahrten vorzuhalten zu prüfen. Dies bedingt eine enge Abstimmung bzw. Kooperation von Verkehrsplanung, Personalabteilung und Personalrat.	Frau Nellißen		in Umsetzung	1	keine		4.1.1 Unterstützung bewusster Mobilität in der Verwaltung
Dienstwagenflotte elektrifizieren (wo sinnvoll)	01.08.2017	Daueraufgabe	Elektrofahrzeuge sind bei jeder Beschaffung zu berücksichtigen.	Wenn immer technisch sinnvoll, werden in der Fahrzeugbeschaffung Elektrofahrzeuge berücksichtigt und bevorzugt ausgewählt. Hier steht die Nutzung im Vordergrund.	Herr Kallenbach	FB 7/ Kallenbach	in Umsetzung	1	keine		4.1.2 Kommunale Fahrzeuge
Parkraumbewirtschaft für Mitarbeiterparkplätze	02.10.2017	31.12.2018	Die baulichen Veränderungen im Zentrum sowie der Umzug in technische Rathaus (voraussichtlich 2018) und die kommende Parkplatzbewirtschaftung im Zentrum machen neue Mobilitätskonzepte für die städtischen Mitarbeiter erforderlich. Hierzu zählt auch ein Modell zur Bewirtschaftung der Mitarbeiter-Stellplätze. Dies muss einhergehen mit der Schaffung von Mobilitäts-Alternativen für die Mitarbeiter der Verwaltung. Siehe auch betriebliches Mobilitätsmanagement.		Herr Trübenbach / FB 0 / FB 1	FB 6	in Umsetzung	1	keine		4.1.1 Unterstützung bewusster Mobilität in der Verwaltung
Beratung der Unternehmen zu Klimaschutz, Energieeinsparung und -effizienz	01.01.2018	30.06.2018	Beratung der Unternehmen zu Förderungen/Möglichkeiten im Klimaschutz, Energieeinsparung und -effizienz	Die Beratung der Unternehmen soll im Rahmen einer Informationsveranstaltung erfolgen. Die denkbaren Projektpartner der Stadt bzw. WFG sind in einem nächsten Schritt zu identifizieren.	Herr Bastian	WBF / WFG	Start / Beschluss / Planung	1	keine		6.3.1 Energieeffizienzprogramme in und mit Wirtschaft, Gewerbe, Industrie, Dienstleistung
Interkommunales Stadtradeln	01.05.2017	31.12.2017	Durchführung Stadtradeln, bestenfalls gemeinsam mit anderen (Nachbar-)Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis. Die Kosten sind abhängig von der Art der Durchführung. 100 € bei "Orga" über den Kreis / 1.000 € wenn eigenständig (ohne den Kreis) geradelt wird.		Nellißen		Start / Beschluss / Planung	1	Beschlussfassung nicht notwendig		4.5.1 Mobilitätsmarketing in der Stadt / Gemeinde
Leitbild für Umwelt- und Klimaschutz	01.07.2017	31.01.2018	Erstellung und politischer Beschluss eines Leitbildes, z.B. auf der Vorlage der dena. inkl. der Aufnahme qualitativer Ziel, z.B. die aus der Selbstverpflichtung als Klimabündnis-Mitglied. Bestenfalls auch mit weiteren Zielen z.B. in den HF EE und Mobilität (Anteil EE an Strom, Anteil des Umweltverbund am Verkehr o.ä.). Auch Aussage zu Klimawandelfolgen(-anpassung).		Frau Nellißen	BNU	Start / Beschluss / Planung	1	Beschlussfassung notwendig	Personelle Eigenleistung	1.1.1 Klimastrategie auf Stadt- / Gemeindeebene, Energieperspektiven
Förderung nachhaltiger Mobilität	05.09.2017	05.09.2017	Novellierung der Stellplatzordnung als Folge der Änderungen im Landesbaurecht aktiv nutzen um umwelt-/klimafreundliche Mobilität zu fördern. Z.B. Stellplatzvorgaben für Fahrräder (ebenerdig, witterungs-)geschützt, 1-2 pro WE, mit Ladepunkten usw.) oder Elektromobilität (Sonderstellflächen, Ladestellen o.ä.) etc.pp.. Ebenso ist die Schaffung von Verknüpfungspunkten des erweiterten Umweltverbund (Mobilitätsstationen) eine Maßnahme. Erarbeitung eines Radverkehrskonzeptes	In diesem Kontext greift auch das Radverkehrskonzept. Beschluss am 12.07.17 im Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss.	Herr Trübenbach / Herr Knipp	FB 6	Start / Beschluss / Planung	1	keine	90%-ige Förderung (NKI Bundeswettbewerb) und aus Mittel des NVR. Ca. 10% Eigenanteil	1.3.2 Innovative, nachhaltige städtische und ländliche Entwicklung
Straßenbeleuchtung größer 30% LED (Ende 2018)	01.06.2013	31.12.2018	Erhöhung des Anteils effizienter LED-Beleuchtung in der Straßenbeleuchtung auf größer 30% und im Gegenzug Senkung des HQL-Anteils in der Straßenbeleuchtung auf 0% (Ende 2018)		Thomas Reuter		in Umsetzung	1	Beschluss im Gemeinderat gefasst		2.3.1 Öffentliche Beleuchtung
Mobilstationen fördern / öffentlicher Bereich	01.04.2017	Daueraufgabe	Ausgehend vom Pilotprojekt "Radhaus und Mobilitätsstation" Sankt Augustin Zentrum sollen weitere Mobilstationen im Stadtgebiet entstehen.		FB 6 Verkehrsplanung / BNU Nellißen / FB 7		Start / Beschluss / Planung	1	keine		4.4.3 Kombinierte Mobilität
Investive Kleinmaßnahmen	05.09.2017	Daueraufgabe	Mittels investiver Kleinmaßnahmen (Dämmung Heiz- und Warmwasserleitungen, hydraulischer Abgleich, Einbau Effizienz-Pumpen und Wasserspararmaturen u.ä. sollen kurzfristig Energie- und Trink- und Abwassereinsparpotenziale gehoben werden. Siehe dazu auch die Hinweise zur Gebäudeuntersuchung des BNU (S.Reuter) in der UPV-Sitzung vom 31.05.2016.	Für den kommenden Doppelhaushalt werden Mittel für o.g. Maßnahmen angemeldet.	BNU	Klimaschutz / Herr Reuter	noch nicht gestartet	1	Beschlussfassung nicht notwendig	Einnahmen durch Solardachpacht	2.1.3 Controlling, Betriebsoptimierung

Umsetzung Konzept KlimasiedlungPLUS "Berliner Siedlung" / Sanierungsmanagement	01.12.2017	01.09.2020	Auf Grundlage des vorliegenden integrierten Quartierskonzept für die berliner Siedlung sollen in Kooperation mit dem Haupteigentümer in der Siedlung (GWG Rhein-Sieg-Kreis) Maßnahmen zu Klimaschutz, erneuerbaren Energien und nachhaltiger Mobilität etc. umgesetzt werden. Unterstützen soll dabei ein durch die kfw-Bank gefördertes Sanierungsmanagement.	Die Durchführung des Sanierungsmanagements ist eine fachbereichsübergreifen Aufgabe. Bei der Definition strategischer Ziele im Rahmen der Initiierung und Ausschreibung entsprechender externer Projektsteuerer ist der FB 6 maßgeblich.	FB 6 / BNU		Nicht definiert	1	keine	Intern Eigenleistung / Extern Förderung	6.2.1 Institutionen im Wohnungsbau
Umsetzung Konzept KlimasiedlungPLUS "Im Spichelsfeld" / Sanierungsmanagement	01.12.2017	01.09.2020	Auf Grundlage des vorliegenden integrierten Quartierskonzept für das Spichelsfeld sollen in Kooperation mit den Hauseigentümer in der Siedlung Maßnahmen zu Klimaschutz, erneuerbaren Energien und nachhaltiger Mobilität etc. umgesetzt werden. Unterstützen soll dabei ein durch die kfw-Bank gefördertes Sanierungsmanagement.	Die Durchführung des Sanierungsmanagements ist eine fachbereichsübergreifen Aufgabe. Bei der Definition strategischer Ziele im Rahmen der Initiierung und Ausschreibung entsprechender externer Projektsteuerer ist der FB 6 maßgeblich.	FB 6 / BNU		Nicht definiert	1	keine	Intern Eigenleistung / Extern Förderung	6.3.2 Professionelle Investoren und Hausbesitzer
Förderung nachhaltiger Mobilität	31.03.2017	Daueraufgabe	Information, Beratung, Aktionen zu den genannten Punkten der Maßnahmenbeschreibung. (Pendlerportal, Mitfahrkonzepte für Gewerbegebiete, Spritsparkurse, Elektroauto, alternative Antriebe) z.B. im Rahmen der Schaffung eines Online-Angebotes "Mobil in Sankt Augustin" /("Mobil in/im STAU") als Teil der städtischen Homepage zum Thema Verkehr.	Eine Website zum Thema Verkehr in Sankt Augustin biete den Bürgern umfassende Informationen zum Mobilitätsangebot in Sankt Augustin. Dort können insbesondere nachhaltige Mobilitätsformen in den Fokus gerückt werden, um so umwelt- und klimafreundliche Mobilitätsformen bei Bürger und Wirtschaft zu bewerben. Dies geschieht auch vor dem Hintergrund der strategischen Zielsetzungen im Rahmen der Mitgliedschaft im Zukunftsnetz Mobilität.	Herr Knipp	Verkehrsplanung	Nicht definiert	1	keine		4.1.1 Unterstützung bewusster Mobilität in der Verwaltung
Hinweis auf Beratung	12.06.2017	07.08.2017	In die Eingangsbestätigung des Bauantrages wird ein Hinweis/Link auf das BNU aufgenommen, damit der Bauherr sich frühzeitig informieren kann.		Herr Trübenbach	Bauaufsicht	in Umsetzung	1	Beschlussfassung nicht notwendig		1.4.2 Beratung zu Energie und Klimaschutz im Bauverfahren
Lenkung des Nutzerverhaltens	04.04.2017	Daueraufgabe	Im Rahmen der energetischen Gebäudeuntersuchung durch den städtischen Gebäudeenergieberater wurden 58 kommunale, öffentliche Gebäude auf ihren energetischen Zustand untersucht, Schwachstellen aufgezeigt und Einsparpotenziale benannt. Ein wesentlicher Punkt bei den Einsparpotenzialen ist die Änderung des Nutzerverhaltens. Hier lassen sich, grob kalkuliert, rund 380 Tonnen CO2 / Jahr einsparen, ohne (große) Investitionen zu tätigen. Durch richtiges Heiz und Lüftungsverhalten, dem Ausschalten von unnötiger Beleuchtung und anderen elektrischen Gerätschaften lassen sich auf einfache Art und Weise die Energiekosten und somit auch der Ausstoß von klimaschädlichen Gasen verringern. In Zeiten von steigenden Energiekosten und knapper werdenden fossilen Rohstoffen ist das Thema der Energieverbrauchsenkung und des damit verbundenen Klimaschutzes ein, wenn nicht das, Thema was uns in Zukunft beschäftigen wird. Die wachsende Rolle des Klima – und Umweltschutzes soll den Kindern und Jugendlichen so früh wie möglich mit auf den Weg gegeben werden, denn die Kinder von heute sind die Energieverbraucher von morgen.	Nach mehreren erfolglosen Anläufen wurde im VV beschlossen, das Projekt an einer Schule zu initiieren. Frau Dedenbach vom FB 5 stelle das Projekt erneut in der Grundschulleiterkonferenz vor, worauf sich 3 Schulen entschieden sich zu beteiligen.	Reuter	BNU	Start / Beschluss / Planung	2	Beschlussfassung nicht notwendig		6.1.1 Konzept für Kommunikation und Kooperation
Technische Infrastrukturen für Energiecontrolling	05.09.2017	31.12.2020	Eine Aufrüstung bzw. Aktualisierung der technischen Infrastruktur u.a. für das Energiecontrolling erfolgt nach Ermittlung und Feststellung der Prozesse und Personalstrukturen innerhalb der Fachabteilung. Dort werden aus den festgelegten Prozessen die erforderlichen Daten festgelegt. Die hierfür erforderliche technische Infrastruktur muss sodann geplant, finanziert und extern vergeben bzw. durch eigene Mitarbeiter umgesetzt werden		FB 9 Herr Salzig / Herr Weiser	FD 9/20	noch nicht gestartet	2	keine		2.1.3 Controlling, Betriebsoptimierung
Nutzung des Straßenbeleuchtungskataster zur weiteren Optimierung (Messen; Steuern; Regeln)	14.07.2017	31.12.2018	Das Straßenbeleuchtungskataster wird seit 1996 geführt. Daten der Beleuchtung werden ständig aktualisiert. Um einen besseren Zugriff der bereits erhobenen Daten zu erlangen, sollen mobile Geräte angeschafft werden mit denen es möglich ist auf Veränderungen der Anlage vor Ort reagieren zu können und Arbeitsabläufe zu optimieren. Unterstützt durch diese Information ist es dem Monteur vor Ort möglich, gezielt Beleuchtungsstränge zu Wartungsarbeiten oder Störungsbehebung ein bzw. auszuschalten. Das Zuschalten von Beleuchtung kann minimiert werden wodurch Energie Kosten eingespart werden können.		Herr Thomas Reuter	FB 7/70	zurückgestellt	2	keine	ld. Haushalt für das Jahr 2018	2.3.1 Öffentliche Beleuchtung
Effizienzanalyse Abwasserentsorgung	05.09.2017	Daueraufgabe	Infrastruktur Abwasserentsorgung, Bestandserfassung; Prüfung von Sonderbauten (Pumpen, RRH usw.); (ggf. Ableitung von Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz")	Im Zuge der stetigen Netzfortschreibung sind die Sonderbauwerke zu Prüfen. Hierbei wird auch die Energieeffizienz der Einrichtung berücksichtigt.	Herr Kallenbach	FB 7	in Umsetzung	2	keine		3.5.1 Analyse und Bestandsaufnahme Energieeffizienz Abwasserrreinigung
Kooperation mit der RSAG zur energetischen Nutzung des städtischen Grünschnitts	01.01.2018	31.12.2019	Stadt und RSAG kooperieren auf dem neuen Betriebsgelände der RSAG auf dem Deponiegelände in Sankt Augustin.	Die Potenziale der Grünabfälle durch Pflege-/Schnittmaßnahmen des städtischen Bauhof sollen möglichst energetisch genutzt werden. Je nach Art der anfallenden Güter (hölzern oder frisch) sind verschiedenen Verwertungsoptionen, von Holzhackschitzeln bzw. Holzpellets bis hin zur Biogasgewinnung möglich. In Kooperation mit der RSAG soll eine bestmöglich Nutzung dieser Potenziale erfolgen.	Herr Reuter	Bauhof	noch nicht gestartet	2	keine		3.6.2 Energetische Nutzung von Bioabfällen
Mobilstationen fördern / Wohnen und Gewerbe	01.01.2018	Daueraufgabe	Schaffung von "Verkehrsmittelvernetzungspunkten" (analog Mobilstation). Hierzu sollen in Kooperation mit Gewerbebetrieben bzw. Wohnungsbauunternehmen und Bauträger Potenzialgebiet/Bedarfe ermittelt werden. Die Stadt bietet dazu in Kooperation mit der WIG Beratung und Unterstützung an. In einem ersten Schritt kann hierzu eine Abfrage bei Unternehmen bzw. in Gewerbe- und Wohngebieten mit hoher Wohnungsdichte gestartet werden. Hier sind mit Blick auf das Gewerbe insbesondere die Stärken des Carsharings für dienstliche Fahrten in der Kommunikation mit den potenziellen Unternehmen hervorzuheben. Die Schaffung von Carsharing-Stationen im Bereich von Gewerbe bietet durch eine hohe Grundauslastung durch das Gewerbe, den Vorteil das Carsharing so auch in Gebieten möglich wird, wo ein alleiniger Betrieb für private Nutzer nicht ausreichend rentabel ist. An diesen Standorten sollten, falls nicht bereits vorhanden, geeignete Radabstellanlagen geschaffen sowie für eine sichere (z.B. gut beleuchtete) Zuwegung gesorgt werden. ÖPNV Haltepunkte in unmittelbarer Nähe sind ebenfalls von Vorteil.		FB 6 Verkehrsplanung / BNU Nellißen		zurückgestellt	2	keine		4.4.3 Kombinierte Mobilität
"Negativ-Liste" für die öffentliche Beschaffung	01.09.2017	31.01.2018	Erstellen von "Negativ-Liste" mit Produkten die grundsätzlich nicht gehen, wie z.B. Tropenhölzer, Giftstoffe, Einweggeschirr, Biozide in Baustoffen o.ä.,Kapselkaffeemaschinen (auch mit Blick auf die Maschinen der MA, denn den zusätzlichen Müll muss die Verwaltung entsorgen (Kosten)) usw.		BNU / Frau Nellißen, Frau Dannefelser		zurückgestellt	2	keine		5.2.4 Beschaffungswesen
Hausmeisterschulungen	02.06.2014	Daueraufgabe	Im Rahmen der Vor-Ort-Termine / Datenaufnahme in den öffentlichen Gebäuden der Stadt Sankt Augustin, die durch den Gebäudeenergieberater des BNU durchgeführt wurden, wurden den Hausmeistern Tipps und Hinweise zum Thema Energieeinsparung gegeben. Diese betrafen sowohl die Technik als auch das Nutzerverhalten.	Bei den regelmäßigen Begehungen der Gebäude (jedes Gebäude mindestens einmal pro Jahr) wird der Prozess fortgeführt. In Zukunft sind auch externe Schulungen möglich / sinnvoll, bspw. durch das Energie-Kompetenz-Zentrum Rhein-Erft-Kreis (EkoZet), nachdem eine organisatorische Zuordnung der HM zum FB 9 erfolgt ist und eine Koordinationsstelle eingerichtet wurde. Hier findet ca. zwei mal jährlich eine Schulung statt.	Herr Salzig für FB 9 / Herr S. Reuter als Berater vor Ort		in Umsetzung	2	Beschlussfassung nicht notwendig		5.2.3 Weiterbildung
"Mieterstrom" in der KlimaSIEDLUNG "Berliner Siedlung"	01.01.2018	01.09.2020	Kooperationsprojekt mit der GWG Rhein-Sieg-Kreis zur Initiierung eines "Mieterstrom"-Projektes.		EVG / Herr Lübken	Stadtwerke	zurückgestellt	2	keine		6.2.1 Institutionen im Wohnungsbau
ZABA; Modernisierung des BHKW	05.09.2017	05.09.2017	Das BHKW an der ZABA ist in die Jahre gekommen. Das BHKW soll erneuert werden. Dabei wird der Wirkungsgrad erhöht. Die Notstromversorgung muss angepasst werden.		Herr Kallenbach	FB 7	in Umsetzung	2	keine		3.5.3 Klärgasnutzung

Vulnerabilitätsanalyse	02.10.2017	31.08.2018	Auf Grundlage der im IKK identifizierten Betroffenheiten gegenüber den Folgen des Klimawandels soll eine vertiefenden Vulnerabilitätsanalyse für das Stadtgebiet durchgeführt werden. Diese soll nach Möglichkeit auch im Kontext der konzeptionellen Freiraumentwicklungsplanung geschehen um Synergie zu nutzen. Zuerst Beschluss zur Durchführung einer Vulnerabilitätsanalyse notwendig. Analyse und Integration der Ergebnisse im Rahmen der Arbeiten zum MP Freiraum (Hotspots, gefährdete Bereiche bei Starkregen, usw.).		Frau Nellißen, Frau Paul	Klimaschutz und Grünplanug	noch nicht gestartet	2	Beschlussfassung notwendig		1.1.4 Evaluation von Klimawandeleffekten
Ausweisung EE-Potenzialgebiete	01.01.2018	31.01.2019	Durchführung einer gesamtstädtischen Analyse zur Herausarbeitung von Potenzialgebieten von EE und Abwärme/ KWK-Potenzialen auf Basis der Potenzialabschätzungen aus dem IKK.	Im IKK werden auf Grundlage überregionaler Studien erste Potenziale zur Nutzung Erneuerbarer Energie beschrieben. In einem ersten Schritt sollen die Potenziale nach Gebieten dargestellt und mit möglichen Restriktion abgeglichen werden. Damit wird die Darstellung grundsätzlich vorhandener Potenziale, z.B. zur Erdwärmenutzung möglich. Darauf aufbauend soll eine Vertiefung erfolgen, indem weitere maßgebliche Faktoren wie z.B. der energetische Standard im Gebäudebestand, oder auch weiter Faktoren wie z.B. Wärmebilanzen in Gewerbegebieten integriert werden. Ziel ist eine Datengrundlage zu schaffen die sowohl im Rahmen der Flächennutzungs- und Bauleitplanung, bei städtebaulichen Verträgen, sowie für die Erstellung eines Energieversorgungskonzeptes die notwendigen Informationen bereit hält.	Herr Kasper	BNU	zurückgestellt	2	keine		1.2.1 Kommunale Energieplanung
Vergabe Gewerbegrundstücke	01.01.2018	Daueraufgabe	Die Vergabe von Gewerbegrundstücken erfolgt unter Berücksichtigung energetischer und klimaschutzrelevanter Aspekte		Herr Bastian	WBF / WFG	in Umsetzung	2	keine	städtischer Haushalt	6.3.3 Lokale, nachhaltige Wirtschaftsentwicklung
Kooperation mit IZNE-Internationales Zentrum für Nachhaltige Entwicklung an der HSBRS	01.01.2018	31.12.2018	Von dem geplanten Kooperationsprojekt zwischen Stadt / WFG und IZNE-Internationales Zentrum für Nachhaltige Entwicklung an der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg sollen die ortsansässigen Unternehmen im Bereich der Themenfelder - Nachhaltige Technologien und Ressourcennutzung und / oder - Verantwortungsvolles Wirtschaften durch Wissenstransfer unmittelbar profitieren.		Herr Bastian	WBF / WFG	noch nicht gestartet	2	keine		
Stichprobenhafte Überprüfung der EnEV Nachweise	05.09.2017	Daueraufgabe	Die vorgelegten Nachweise sollen stichprobenhaft auf Plausibilität geprüft werden.	Zunächst Personal einstellen	Herr Trübenbach	Bauaufsicht	noch nicht gestartet	2	Beschlussfassung notwendig		1.4.1 Prüfung Baugenehmigung und Bauausführung
Überprüfung der Umsetzung der EnEV und EEWärmeG	01.09.2017	Daueraufgabe	Kontrolle der Angaben in den EnEV Nachweisen und EEWärmeG vor Ort durch die Kontrolleure.	-Stimmen Baustoffe mit Nachweis überein -Stimmen Angaben zur Energieversorgung (z.B. Solarfläche) mit Nachweis überein -Ahndung bei Nichteinhaltung	Baukontrolleur/Verwaltung	Bauaufsicht	noch nicht gestartet	2	Beschlussfassung notwendig		1.4.1 Prüfung Baugenehmigung und Bauausführung
Jährliche Vorlage der Übersichtstabelle der Stichproben	04.06.2018	Daueraufgabe	Dem FBL wird jährlich eine Übersichtstabelle der Stichproben vorgelegt	-Wieviel Objekte wurden überprüft im Jahr -Ergebnisse positiv/negativ Abhängigkeit von den Checklisten	Herr Trübenbach	Bauaufsicht	noch nicht gestartet	2	Beschlussfassung nicht notwendig		1.4.1 Prüfung Baugenehmigung und Bauausführung
mission E in der Stadtverwaltung	01.01.2018	31.12.2018	Durchführung der Motivations- und Informationskampagne missionE, der EnergieAgentur NRW. Ziel ist die Sensibilisierung der Mitarbeiter um so eine Reduktion des Stromverbrauch in der Stadtverwaltung zu erreichen. Darüber hinaus sollen die so gesammelten Erfahrungen auch in die privaten Haushalte der Beschäftigten diffundieren, umso weitere Potenziale zum Energiesparen zu heben. Um die Kosten (5.000 €netto) für die Stadt zu reduzieren, kann das Projekt auch gemeinsam mit Nachbarkommunen durchgeführt werden.		noch nicht geklärt; vorerst BNU		zurückgestellt	3	keine		5.2.3 Weiterbildung
Dezentrale Energienutzung fördern z.B. über städtebauliche Verträge	05.09.2017	Daueraufgabe	Nutzung des Instruments "Städtebaulicher Vertrag" zur Förderung Dezentraler Energiekonzepte bzw. dezentrale Erzeugung und Nutzung regenerativer Energie.	Stelle ist derzeit nicht besetzt.	Herr Knipp	FB 6/10	zurückgestellt	3	keine		1.2.1 Kommunale Energieplanung
Pilot-Projekt zu Beleuchtungskonzept für städtische Gebäude	01.09.2017	31.12.2018	Am Beispiel des Schulzentrums in Niederpleis soll der Austausch der bestehenden Beleuchtungskörper gegen eine LED-Beleuchtung geprüft und umgesetzt werden		FB 9 - Herr Weiser		zurückgestellt	3	keine		2.1.4 Sanierungsplanung / -konzept
ZABA; Erneuerung der Filteranlage	05.09.2017	05.09.2017	Die Mikrosiebanlage wird durch eine Tuchfilteranlage ausgetauscht. Hierdurch wird eine effiziente Reinigung erreicht.		Herr Kallenbach	FB 7/ Kallenbach	in Umsetzung	3	keine		3.5.1 Analyse und Bestandsaufnahme Energieeffizienz Abwasserreinigung
Identifikation von Ziel-Konflikten Klimaschutz vs. B-Plan	01.12.2017	31.12.2018	Prüfung bestehender B-Pläne auf Inhalte die eine Restriktion für den Ausbau der EE bzw. der Elektromobilität sein können. (aktuelles Bsp. KlimaSIEDLUNG ImSpichelsfeld). Prüfung bestehender B-Pläne auf Inhalte die eine Restriktion für mögliche Klimawandelfolgeanpassungsmaßnahmen (Dach- und Fassadenbegrünungen, Retentionsflächen, Notwasserwege, klimawandelfolgen-resistente Grünflächen, usw.) darstellen können.	Zunächst Personalaufstockung erforderlich.	Herr Knipp	FD 6/10	zurückgestellt	3	Beschlussfassung notwendig	Freiwillige Ausgabe	1.4.1 Prüfung Baugenehmigung und Bauausführung